

## Marx gegen Kernkraft 1:0

(3/1977)

Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen hat verlautbart, daß Kohlestrom nur einen und nicht, wie bisher angenommen, drei Pfennig teurer sei als Atomstrom. Alle eventuellen neuen Sicherheitsrisiken der Kernkraft wie auch die Uranverteuerungen sind dabei noch unkalkuliert. Matthöfer fordert ein Moratorium; er legt sich auf keiner Seite fest, weil er Kanzler werden will. Die Landes-SPD hat sich für Baustopp bis zu Klärung der Entsorgungsfrage ausgesprochen. Weil Hamburg 70% des Brockdorf-Stromes abnehmen sollte, ist jetzt die Nachfrage zusammengebrochen. Das Schleswiger Verwaltungsgericht hat Baustopp in Brockdorf angeordnet. Die evangelische Kirche. Der TÜV und vor allem die Gewerkschaften haben sich über Brockdorf zerstritten. Das scheint mir genug interpretationswürdiges Material.

Die SPD-interne Diskussion um Investitionslenkung war lange vor der Wahl abgewürgt worden, obwohl die Sache selbst nur in zwei Fällen systemfremd ist: bei Investitionsverbot oder -gebot. Die Massenbewegung der Kernkraftgegner hat nicht weiter getan, als solch ein systemwidriges Investitionsverbot ausgesprochen – und sogleich zu exekutieren versucht.

Jeder Widerstand, hat Hegel gesagt, ist nur das passive Moment einer Überwindung. So auch der Widerstand gegen Atomkraftwerke, und zwar auch dann, wenn er erfolgreich ist und ihren weiteren Bau verhindert.

Ein konkretes Investitionsverbot, durchgesetzt von einer Massenbewegung, zwingt das Kapital zur Wiederherstellung seiner Investitionshoheit mittels technischer Revolution. Marx schreibt, die ganze Geschichte der Erfindung und Einführung neuer Maschinen sei eine Geschichte von Gegenangriffen der Unternehmer gegen Streiks: die Mechanisierung der Produktion überrollt den Widerstand der qualifizierten Arbeitskräfte, die sich hinter den Linien der Arbeitsteilung verschanzt haben.

Folglich werden die periodischen Revolutionen der Technologie zwar von den Kapitalisten gemacht, sie sind die Revolutionäre, aber von den Arbeitern durch ihren konservativen Widerstand erzwungen: sie sind der Motor der industriellen Revolution, ihre Qualifikationen und die daraus fließenden konservativen Illusionen der Brennstoff dieses Motors. Mit der Dynamik des Kapitalismus wird's vorbei sein, wenn in den produktionsmittellosen Massen keine Sicherheitsillusionen und Qualifikationsreservate mehr vorhanden sind.

Die alten Energieprognosen gehen von einer Bedarfsverdoppelung etwa alle zehn Jahre aus, extrapolieren also Kapitalakkumulation auf dem bisherigen technologischen Niveau. Die Wachstumsbranchen jedoch – Elektronik, Entwicklung ökologisch-biochemischer Rezyklisierungsprozesse, Biotechnik usw. – sind energie- und rohstoffarme Verfahren. Wird nun der Strom verknappt und verteuert, induziert das beschleunigten Vormarsch dieser revolutionären Techniken, ebenso wie die OPEC-Grundeigentümer durch ihre Differentialrentenerhöhung Nordseeöl, bohrinselbauende Werften, Kohleverflüssigungsforschung, Sonnenkollektorenproduktion, Dieselwiederauferstehung usw. gepuscht haben.

Im Interesse des zügigen Fortganges der industriellen Revolution als Grundlage der sozialen ist die Bildung neuer erfolgreicher Rohstoffkartelle zu wünschen. Selbstverständlich ist auch offensive Lohnpolitik erforderlich.

Jede Auseinandersetzung um die Energie-, Rohstoff- und Industriepolitik überhaupt muß, insbesondere wenn die Massen sich einmischen, quer durchs DGB-SPD-Lager gehen. ÖTV Nordmark marschiert für Brokdorf, IG Bergbau wie Fraktionen technisch-wissenschaftlicher Intelligenz polemisieren dagegen. Die Kernkraftgegner sind insofern keine reaktionären Industriefeinde, als sie für intelligenzintensiveres, energie- und rohstoffarmes Wirtschaftswachstum sind. Die Kraftwerksbauer (Unternehmer wie Arbeiter) wollen so weitermachen wie bisher, also Produktions- und Konsumtionsextension auf gegebenem technischen Niveau. Umweltschützer dagegen können auf die ökologische Zukunftsindustrie bauen.

Die Hauptmasse der mobilisierten wie latenten Kernkraftgegner ist klar konservativ gesonnen, was der Bewegung ihre Schubkraft verleiht und den Sieg der futuristisch orientierten Industriellen und der mit ihnen verbündeten Gewerkschafts- und SP-Fraktionen sichert.